

SOWJETZONE

ZUR WIRTSCHAFTSLAGE DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE DEUTSCHLANDS IM ERSTEN HALBJAHR 1964

Belastungen aus dem Vorjahr

Seit dem Januar dieses Jahres gelten für die Entwicklung der Wirtschaft der SBZ die Ansätze des neuen Siebenjahrplanes. Der erste Siebenjahrplan war Ende 1962 nach vier Jahren Laufzeit abgebrochen worden. Das Jahr 1963 war also in keinen langfristigen Plan eingebaut, sondern sollte *der* erfolgreichen Vorbereitung auf den in diesem Jahr angelaufenen neuen Siebenjahrplan dienen. Zur Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung im ersten Halbjahr 1964 empfiehlt sich daher ein Rückblick auf die Ergebnisse des Wirtschaftsjahres 1963 an Hand der amtlichen Berichterstattung. Sie wurde Ende Januar 1964 veröffentlicht — der Volkswirtschaftsplan 1964 aber bereits im Oktober 1963. Er mußte auf die Annahme gestützt sein, daß die für 1963 gesteckten Ziele voll erreicht würden; denn das war ja die besondere Aufgabe, die der Wirtschaft der SBZ als Vorlauf für 1964 gestellt war. Jedes Abweichen von der geplanten Entwicklung mußte automatisch den Lauf der Wirtschaft vom Jahre 1964 an mit zusätzlichen Schwierigkeiten belasten.

Im Jahre 1963 sind jedoch Produktionswachstum und Planerfüllung der Industrie ungünstiger gewesen als im Vorjahre. Statt um 6,4 vH stieg die Industrieproduktion um 4,9 vH. Bei keinem der für das weitere Wachstum wichtigen Industriebereiche ist das Plansoll voll realisiert worden. Dies gilt besonders für die Baustoffindustrie mit einem Rückstand von 7,2 vH, für den Schwermaschinenbau mit 6,4 vH und den allgemeinen Maschinenbau mit 4,1 vH Rückstand¹⁾. In den Betrieben der Nachrichten- und Meßtechnik und des Werkzeugmaschinenbaus wurden die Pläne für die Warenproduktion, für die Senkung der Selbstkosten, für den Gewinn und die geplante Entwicklung der Arbeitsproduktivität nicht erfüllt. In dem amtlichen Bericht machte die Kritik auch nicht halt vor höchsten Instanzen. „Die notwendige Konzentration aller Kräfte auf die Lösung der wissenschaftlich-technischen Aufgaben wurde im Jahre 1963 im Bereich des Volkswirtschaftsrates, insbesondere in der elektrotechnischen Industrie, im Chemie-

anlagenbau und im Werkzeugmaschinen- und Gerätebau noch nicht erreicht. Insgesamt wurden nur 73 vH der bearbeiteten Themen des Staatsplanes Forschung und Entwicklung termingerecht abgeschlossen.“

Obwohl in der gesamten Volkswirtschaft nach offiziellen Angaben 16,4 Md. DM investiert worden sind, ist der Investitionsplan nicht voll verwirklicht worden. „Der Plan der Ausrüstungen wurde bei einer Reihe volkswirtschaftlich wichtiger Vorhaben nicht voll erfüllt. Schwierigkeiten traten insbesondere bei der Beschaffung und Montage von Rohrleitungen, Armaturen, elektrotechnischen Anlagen, Isolierungen, Pumpen sowie Ausrüstungen für die Betriebsmeß-, Steuer- und Regelungstechnik auf.“ Auf diesen Gebieten ist die mitteldeutsche Industrie noch immer in hohem Maße abhängig von der Zulieferung aus der Bundesrepublik. Interessant ist vor allem der Hinweis auf den Engpaß bei Rohrleitungen, hatte doch die SED bisher immer behauptet, daß das westdeutsche Röhrenembargo wirkungslos geblieben sei.

„Der Projektierungsplan für das Jahr 1963 wurde unzureichend erfüllt.“ Anfang 1964 fehlten für einige Investitionsvorhaben, die 1964 durchgeführt werden sollten, zum Teil noch die Aufgabenstellungen. Sie fallen demnach mit Sicherheit für 1964 aus. Auch die Bauindustrie erreichte ihr Produktionsziel nicht ganz, was sich besonders auf Landwirtschafts- und auf Wohnbauten auswirkte. Auch in der Investitionsvorbereitung für 1964 sei noch immer nicht die erforderliche Konzentration auf „die breite Durchsetzung kompakter und kombinierter Bauten“ erreicht.

Warum diese Kritik seit Jahren wiederholt werden muß, bleibt bei dem System zentralistischer Planung und Lenkung unverständlich. Hier muß ein grundlegender Wandel eintreten, wenn man die für den Siebenjahrplan angestrebte Investitionsquote von 24 vH im Jahre 1970 (Bundesrepublik gegenwärtig bei 27 vH) realisieren will. -

Dieser Abstand, der sich 1962 daran demonstrieren ließ, daß je Kopf der Bevölkerung in der Bundesrepublik 1560 DM für Anlageinvestitionen und in der SBZ nur 956 DM aufgewendet worden sind, ist in Wirklichkeit noch krasser; denn die Investitionskosten je Objekt sind in den Betrieben der SBZ erheblich höher als in den westdeutschen. Werden für ein installiertes Kilowatt Leistung in einem rheinischen Braunkohlenkraftwerk 500 DM aufgewandt, so sind es im Kraftwerkbau der SBZ 1000 DM — trotz der durch die staatliche Preispolitik nach unten manipulierten Anlagewerte. Außerdem verteuern sich die Investitionsvorhaben wegen ihrer viel längeren Fertigstellungszeit und der damit notwendig werdenden technischen Veränderungen. Besonders

1) Wochenschrift des DJW, Berlin Nr. 18/1964.

deutlich zeigt sich dies bei dem Großprojekt „Schwarze Pumpe“, einem Braunkohleverwertungskombinat, das drei Kraftwerke, drei Brikettfabriken, eine Kokerei und andere Anlagen auf der Basis riesiger Tagebaubetriebe umfassen soll. Statt 1964 wird erst 1970 mit der Beendigung des Vorhabens zu rechnen sein, wobei sich nach den bisherigen Angaben der Investitionsaufwand um etwa 2 Md. DM erhöhen wird.

Der Kampf gegen den Energie-Engpaß

Es darf dabei nicht verkannt werden, daß bei der Überwindung des Energie-Engpasses beachtliche Leistungen erzielt worden sind. Als einer der wenigen Industriebereiche konnte der Bergbau im Jahre 1963 die Produktionspläne übererfüllen, darunter sowohl beim Abbau von Rohbraunkohle als auch bei der Produktion von Braunkohlenbriketts. Im April dieses Jahres wurde das Druckgaswerk des Kombinats Schwarze Pumpe in Betrieb genommen, allerdings erst mit vier Generatoren im Probelauf. Es soll aber einmal seine Vorläufer in Hirschfelde und Böhlen (1936 bzw. 1941 erbaut) an Leistung weit in den Schatten stellen. Bis 1970 soll das Ferngasnetz so ausgebaut und erweitert worden sein, daß dann alle bedeutenden Städte und Industriezentren mit Ferngas versorgt werden können. In der Nähe von Berlin wird gegenwärtig an einem großen Untergrundspeicher gearbeitet, um das in den Sommermonaten überschüssige Gas für eine zusätzliche Winterbevorratung zu stapeln. Daß der größte Braunkohleproduzent der Welt wegen des Fehlens von Erdgas diesen Weg beschreiten mußte, war unausweichlich bei der von Moskau erzwungenen Isolierung von der westdeutschen Wirtschaft.

Nur die Erdgasleitung aus dem Salzgitterrevier funktioniert noch heute gesamtdeutsch, indem sie nicht nur Salzgitter mit Magdeburg, sondern auch mit West-Berlin verbindet und mit Erdgas versorgt. Der Erdgasboom, vor dem die westdeutsche Energiewirtschaft steht, könnte über diese schmale Ader auch der mitteldeutschen Wirtschaft zugute kommen, wobei allerdings noch offen bleiben muß, inwieweit das Chemiekombinat Schwedt auf der Basis sowjetischen Erdöls später auch als Gaserzeuger eingesetzt werden wird. Aus der für die Zeit bis 1970 festgelegten Planung der Ferngasleitungen ist jedoch eine solche Aufgabe für Schwedt nicht erkennbar.

In der Erdöl- und in der Elektroenergieversorgung ist weiter an der Vervollständigung der Verbundwirtschaft im COMECON gearbeitet worden. Nach dem amtlichen Bericht über 1963 soll die Erdölleitung „Freundschaft“ bereits in Betrieb genommen sein. Da aber das Kombinat Schwedt noch in den

Kinderschuh steckt, liegt vorläufig noch in der Zukunft, was *Ulbricht* im Februar dieses Jahres ausführte, als er auf der 5. Tagung des ZK der SED über die chemische Industrie sprach: „Die Lieferungen größerer Mengen Erdöl werden dazu führen, daß wir den Rückstand, den wir zur Zeit gegenüber führenden kapitalistischen Ländern haben, verringern.“ In der Elektroenergie-Verbundwirtschaft innerhalb des COMECON ist man schon weiter. Seit 1960 sind die SBZ, Polen und die CSR durch 220-Kilovolt-Leitungen verbunden, an die Ungarn inzwischen angeschlossen wurde. Bis 1965 sollen schließlich die CSR, Ungarn und Rumänien über den Knotenpunkt Mukatschewo an das ukrainische Netz mit 380-KV-Leitungen gekoppelt werden. Nur zwischen Polen und der Sowjetunion ist kein direkter Stromtausch vorgesehen. Um jedoch die Zeitdifferenz zwischen der SBZ und beispielsweise der Ukraine energiewirtschaftlich mit spürbarem Effekt ausnutzen zu können, wobei die Spitzenbelastungszeiten in diesen beiden Gebieten um mehr als eine Stunde differieren, wäre der Ausbau von Fernleitungen erforderlich mit wesentlich höherer Spannung, als sie jetzt bestehen.

Verglichen mit dieser Situation ist die Elektrifizierung der Reichsbahnstrecken, die nach Abschluß der sowjetischen Demontage vollständig beseitigt worden war und wieder ganz von vorne anfangen mußte, nicht überwältigend. Insgesamt wurden erst 500 km elektrifiziert. Diese Strecken verbinden Magdeburg mit Halle und Weißenfels sowie Dessau mit Bitterfeld und Leipzig bei Querverbindungen zwischen Halle und Bitterfeld sowie zwischen Weißenfels und Leipzig. Auch die Strecke Leipzig—Werdau—Zwickau und Werdau—Reichenbach ist elektrifiziert. Hier könnte der Anschluß an das süddeutsche Netz gefunden werden. Der Berliner Ring soll erst 1970 erreicht werden. Früher diente das Kraftwerk Muldenstein der Erzeugung von Reichsbahnfahrstrom mit 16V3 Hz. Heute soll in Chemnitz ein Umformwerk errichtet werden, das den Industrie- und Haushaltsstrom mit 50 Hz auf 16V3 Hz umformt.

Der Engpaß in der Kraftwerkskapazität kommt auch in dem Plan 1964 zum Ausdruck. „Die auch im Jahre 1964 noch angespannte Lage auf dem Gebiet der Versorgung der Wirtschaft mit Elektroenergie, Gas, Wärme und festen Brennstoffen erfordert große Anstrengungen.“ Die Energieverbrauchsnormen sollten überprüft werden, weil sie zum Teil beträchtlich von den internationalen Bestwerten abweichen. Dabei haben viele volkseigene Betriebe, darunter auch Großbetriebe, noch immer keine technisch begründeten Energieverbrauchsnormen. In der chemischen Industrie steigt seit geraumer Zeit der spezifische Energieverbrauch bei der Pro-

duktion verschiedener Erzeugnisse. Von der in den letzten fünf Jahren installierten 2000-Megawatt-Kraftwerksleistung sollen nur etwa 33 vH der Industrie zugute gekommen sein.

Dem bedeutendsten Energiemaschinenbetrieb der SBZ, Bergmann-Borsig Berlin, wurde kürzlich vorgeworfen, er habe erheblich länger als international üblich für die Entwicklung von stromerzeugenden Anlagen gebraucht, so daß auch unerprobte Aggregate eingesetzt werden mußten. Noch härter war der Vorwurf: „Auch muß man sich fragen, ob es nicht auf Tendenzen nationaler Überheblichkeit zurückzuführen war, wenn seinerzeit verantwortliche Ingenieure die Erfahrungen sowjetischer Turbinenbauer ignorierten.“

Planungsfehler und technische Schwierigkeiten

Während bis in die letzte Zeit bei der Festlegung des Programms der Industrieproduktion fast autarkisch anmutende Tendenzen im Sinne eines Alleskönnens erkennbar waren, setzt sich jetzt allmählich die Einsicht durch, daß das „Weltniveau“ nicht nur eine Frage des technischen Leistungsstandes ist, sondern auch das Problem konkurrenzfähiger Kosten und Preise mit umfaßt. Da die SBZ an Rohstoffen arm sei, müsse sie die Produktionen mit der größten Intelligenzquote kultivieren. „Und wenn es dann in unserer Republik an Erzeugnissen der unteren Leistungsklasse mangeln sollte, kann man sie wahrscheinlich billiger importieren, als wir sie selbst herstellen. Die verkaufen uns sogar NATO-Staaten, die sich schwer entschließen können, uns modernste chemische Anlagen und Verfahren zu liefern.“²⁾

Dies ist ein bemerkenswertes Zeugnis für die Zweckmäßigkeit internationaler Arbeitsteilung auch über die Grenzen des COMECONS hinaus. „Metall, der Hauptwerkstoff der Industrie, wird auf Grund unserer Naturbedingungen bei uns sehr teuer hergestellt. Mehr als die Hälfte der benötigten Menge müssen wir importieren.“²⁾ Diese SED-offizielle Einsicht kommt reichlich spät; denn in die Entwicklung und Erweiterung der metallurgischen Industrie nach 1945 sind zu Lasten der Konsumgüterproduktion enorme Gelder geflossen. An dieser Stelle haben wir schon bei früheren Berichten hervorgehoben, daß es für den COMECON wirtschaftlich vernünftiger gewesen wäre, die in der SBZ vorhandenen Möglichkeiten und Erfahrungen der metallverarbeitenden Industrien weiter zu verbessern, anstatt ihr eine Grundstoffbasis nachträglich verschaffen zu wollen, für die fast alle natürlichen Voraussetzungen fehlten.

2) „Neues Deutschland“ vom 10. 6. 64, S. 3.

Ist es bei der industrietechnischen Tradition dieser Gebiete nicht ein erschütterndes Zeichen von Fehlplanung und Fehlentwicklung, wenn der Präsident des Deutschen Amtes für Meßwesen und Warenprüfung, Prof. Dr. *Lilie*, dem seit einigen Monaten die Gütekontrollen der volkseigenen Betriebe direkt unterstellt worden sind, den Anteil der Warenproduktion mit dem Gütezeichen „Q“ als dem Ausdruck für erste Qualität für das Jahr 1962 bei folgenden Bereichen der Industrie wie folgt bezifferte:

Schwer- und Transportmaschinenbau	0,4 vH
Bergbauausrüstungen und Förderanlagen	0,2 vH
Bau-, Baustoff- und Keramikmaschinen	0,0 vH
Elektroprojektierung und Anlagenbau	10,0 vH
Hochspannungsgeräte und Kabel	2,0 vH

Er führte weiter aus: „Wir müssen feststellen, daß volkswirtschaftlich besonders wichtige Industriezweige eine völlig ungenügende Qualitätsentwicklung im vergangenen Jahr (1963) erreichten. Wir müssen sogar sagen, daß es auf einigen Gebieten einen Stillstand und auch einen Rückschritt gegeben hat.“³⁾

Erste Chemiewissenschaftler wie Prof. *Jungnickel*, Direktor des Instituts für Chemieanlagen, Dresden, haben immer wieder darauf hingewiesen, daß sich Diskrepanzen entwickelt haben zwischen den hohen Anforderungen der Chemie und der zurückbleibenden Leistungsfähigkeit des Maschinenbaus. „Neben der berechtigten Kritik am Leistungsstand der Erzeugnisse der Meß-, Steuer- und Regelungstechnik wurde besonders hart die Tatsache kritisiert, daß der Chemieanlagenbau völlig ungenügend auf die Lieferung von kompletten Anlagen eingestellt war“, ergänzte ilin der stellvertretende Vorsitzende der Plankommission, *Große*. Er wandte sich scharf gegen den Zuwachsratenfetischismus, der auch in der westlichen Wirtschaft seine Anhängerschaft hat, und betonte, daß hohe Zuwachsraten allein noch kein Maßstab seien.

Gleiche Erscheinungen liegen beim Werkzeugmaschinenbau vor, einem früheren Paradeponner der Industrie der SBZ. „Das Tempo bei der Entwicklung neuer Maschinen und ihrer Produktion hat im Werkzeugmaschinenbau in der Vergangenheit nicht ausgereicht. Seit Jahren ist nämlich der Plan Neue Technik — insbesondere der Teil Forschung und Entwicklung — nicht erfüllt worden.“ Die internationalen Entwicklungstendenzen seien fehlerhaft eingeschätzt worden.

3) „Neues Deutschland“ vom 9. 2. 64, S. 5.

SOWJETZONE

In den Führungsgremien der Wirtschaftsplanung hat man bis heute zu entscheidenden Grundfragen der technischen Entwicklung noch keine einheitliche Stellungnahme bezogen, was immer wieder zu kostenerhöhenden, rückwirkenden Änderungen der Planung führt. Ehe die technischen Fachleute dies mit ihrer Kritik erreichen, vergeht meist viel Zeit. So war beabsichtigt gewesen, den Anteil von Stahlformguß am Eisenformguß bis 1970 auf 23 vH zu steigern. Weil die Einrichtung einer Kapazität von 10 000 t Stahlformguß 35 Mill. DM erfordert, hätten dafür enorme Investitionsmittel eingesetzt werden müssen. Erst ein Vergleich mit der Situation in führenden westlichen Industriestaaten zeigte die Fehlerhaftigkeit dieser Planung; denn in der Bundesrepublik beträgt der Anteil von Stahlformguß nur 9 vH.

Der Kostendruck wird stärker

Um derartige Fehlentwicklungen auch von der Kostenseite in den Griff zu bekommen und von vornherein zu blockieren, sind in den letzten Monaten einige spürbare Preiskorrekturen durchgeführt worden. Am 1. April 1964 begann die „1. Etappe der Industriepreisreform“ mit der Erhöhung der Preise für rund 25 vH der gesamten Industrieproduktion, und zwar für die wichtigsten Roh- und Grundstoffe, wie Kohle, Koks, Elektroenergie, Gas und Dampf sowie für Erzeugnisse der Schwarzmetallurgie und der Nichteisenmetallurgie. Vor allem wurden die Preise derjenigen Güter erhöht, bei denen der Importanteil sehr hoch ist, um so über den Preis verbrauchshemmend und damit devisensparend zu wirken.

Die bisherigen hohen Subventionen aus dem öffentlichen Haushalt an die Grundstoffindustrie sind nach Durchführung der Preisreform nicht mehr erforderlich. Da nun aber die Verbraucher dieser Grundstoffe teurer als bisher einkaufen müssen und es ihnen nicht gestattet wird, diese Kostensteigerung durch Preiserhöhungen auf den Endverbraucher abzuwälzen, muß der Staatshaushalt nach wie vor mit Subventionen an die Verarbeitungsindustrie einspringen. Finanzminister *Rumpf* hob bei der Begründung der Preisreform hervor: „Ich möchte mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß die Industriepreisreform sich nicht auf die Verbraucherpreise für Konsumgüter und Dienstleistungen für die Bevölkerung erstreckt.“ Preissteigerungen sind jedoch unvermeidlich. Jede Typenänderung macht den Weg zu Preiserhöhungen frei. Diese Erfahrung hat der private Verbraucher schon bisher gemacht.

Gleichzeitig traten in den Betrieben der Grundstoffindustrie erhöhte Abschreibungssätze in Kraft, mit denen der technische Ver-

schleiß in der Kostenrechnung exakt erfaßt werden soll. Es hat also rund 15 Jahre gedauert, bis sich diese primitive ökonomische Grundregel gegen die ideologischen Bessermänner durchsetzte.

Am 1. Juli dieses Jahres wurden neue Preiskorrekturen wirksam, die für wichtige Rohstoffe und Erzeugnisse der chemischen Industrie gelten. Sie betreffen etwa ein Produktionsvolumen von 7 Md. DM, nahezu die Hälfte der Chemieproduktion. „Der Zusammenhang von Selbstkosten, Preis und Gewinn hat neue Aspekte bekommen“, begründete *Rumpf* diese Maßnahme. Ehrlicher wäre gewesen: Wir haben es endlich begriffen.

Auch bei diesen Preiskorrekturen hat man vor der letzten logischen Konsequenz zurückgeschreckt, die Erhöhungen bis auf die Enderzeugnisse sich auswirken zu lassen. „So werden durch die neuen Abgabepreise der Industrie die wirklichen Kosten in allen aufeinanderfolgenden Produktionsstufen gedeckt, und beim Fertigerzeugnis wird deutlich sichtbar, für welchen Zweck der Staat weiterhin Subventionsmittel zur Verfügung stellen muß. Auf diese Weise zeigt sich doch erst, an welcher Stelle unserer Industrie überhöhte Kosten entstehen, wo man mechanisieren oder automatisieren muß, wo Investitionen mit dem höchsten Nutzeffekt vorzunehmen sind.“

Wenn *Rumpf* diese Überlegungen bis zu ihrem logischen Abschluß weiterführt, dann kommt er zwangsläufig an den Punkt, wo er das bisherige System der Planung völlig über Bord werfen muß; denn dann entscheidet über Umfang und Art der Investitionen und damit über die Entwicklung der Volkswirtschaft allein die Rentabilität und nicht der Politiker und der Ideologe. Die jetzige halbe Lösung des Problems bewirkt aber auch, daß wegen der künstlich niedrig gehaltenen Konsumgüterpreise Investitionen im Bereich der Konsumgüterindustrie unwirtschaftlich bleiben müssen. Der Verbraucher kann also nicht mit einer Erweiterung der für ihn interessanten Warenerzeugung rechnen. Andererseits wird er nach wie vor als Steuerzahler durch die Subventionen, die er über die Staatskasse finanzieren muß, belastet.

Diese Verbraucherfeindlichkeit des Systems wird auch nicht dadurch entschärft, daß neuerdings eine spezielle „Regierungskommission“ damit beauftragt worden ist, die Einhaltung des Preisniveaus für Konsumgüter zu sichern. Allein der Vergleich des recht spärlichen Versandhandelkatalogs 1964 mit dem des Vorjahres ergab Preiserhöhungen bei 99 Waren. Fast muß man meinen, daß der Beschluß, die Verbraucherpreise „im allgemeinen“ auf dem gegenwärtigen Niveau zu stabilisieren, mit Absicht so elastisch formuliert worden ist, daß „spezielle“ Preiserhöhungen durchaus möglich sind.

Dr. Walter Meier